V15 Bildungsgerechtigkeit schaffen

Antragsteller*in: Jutta Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte)
Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

Kinder sind von klein auf wissbegierig und wollen immer wieder Neues lernen. Sie auf diesem Weg zu begleiten und zu fördern ist zuvorderst Aufgabe der Eltern. Allerdings zeigen Bildungsstudien nach wie vor, dass Bildung in hohem Maße von den Voraussetzungen im Elternhaus abhängig ist.

Gute Bildung ist die Grundlage für Chancengerechtigkeit. Sie kann den Armutskreislauf durchbrechen und ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wir machen uns stark, für eine inklusive, moderne und zukunftsorientierte Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist deshalb, dass jedes Kind die gleichen Chancen und Unterstützungsangebote hat und den für die eigenen Interessen und Fähigkeiten bestmöglichen Schulabschluss erreicht. Gerade Schulen und Kitas haben eine wichtige Aufgabe nicht nur bei der Vermittlung von Wissen, sondern auch bei der Ausgestaltung von Bildungsgerechtigkeit.

Wir müssen für alle Kinder und jungen Menschen die bestmöglichen Bedingungen schaffen, damit sie sich zu eigenverantwortlichen Menschen entwickeln können, die ihr Leben in Verantwortung für sich und die Gesellschaft gestalten können. Hierzu brauchen Schulen und Kitas aber auch die bestmöglichen Voraussetzungen.

Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern mit den höchsten Schulabbruchquoten. Für die betroffenen Schüler*innen führt dies zu großen Schwierigkeiten auf ihrem weiteren Lebensweg. Zugleich entstehen durch die hohen Abbruchraten enorme Folgekosten in den sozialen Unterstützungssystemen und durch Ersatzmaßnahmen wie Berufsvorbereitungsjahre. Es ist deutlich sinnvoller, diese Gelder in gelingende Bildung zu investieren.

Gute Bildung von Anfang an bedeutet für uns:

1. Mehr Personal in den Kindertageseinrichtungen

Gute Bildung beginnt in der Kita. Entscheidender Faktor für eine hohe Qualität in unseren Kindertagesstätten ist die Fachkraft-Kind-Relation. Hier ist Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit Schlusslicht. Diese Position wollen wir endlich überwinden! Unsere Erzieher*innen brauchen mehr Zeit, die sie unmittelbar mit dem Kind verbringen können. Der aktuelle und prognostizierte Geburtenrückgang ist eine einmalige Gelegenheit, hier weitgehende Verbesserungen zu ermöglichen.

Daher fordern wir bis 2030 eine schrittweise Reduzierung der Fachkraft-Kind-Relation:

- 1:4 für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr,
- 1:10 für Kinder ab dem dritten Lebensjahr bis zum Eintritt in die Schule sowie
- 1:17 für Hortkinder im Grundschulalter.

2. Längeres gemeinsames Lernen stärkt den Bildungserfolg für alle

Alle Kinder haben ein Recht auf qualitativ hochwertige Bildung. Wir wollen, dass der Bildungserfolg nicht von der sozialen Herkunft abhängt. Alle jungen Menschen sollen den für sie besten Bildungsabschluss erreichen können. In kooperativen und integrierten Gesamtschulen haben die Kinder in Mecklenburg-Vorpommern bereits heute die Möglichkeit, länger gemeinsam zu lernen und den individuell bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen. Wir setzen uns für durchlässige Bildungsgänge ein.

Dieses Modell bietet auch weitreichende Vorteile für den ländlichen Raum. Wir wollen in Schulclustern zwei bis maximal acht Schulstandorte in geografisch benachbarter Lage im Sinne einer Gemeinschaftsschule unter einer gemeinsamen Leitung zusammenschließen. So können wir Schulstandorte trotz sinkender Schüler*innenzahlen halten.

3. Echte Inklusion umsetzen

Während der parteiübergreifende Inklusionsfrieden zu einigen wenigen Leuchtturmschulen führte, sind wir von einem echten inklusiven Schulsystem in M-V noch weit entfernt. Unser grünes Ziel sind Lernorte, in denen die Interessen und Möglichkeiten aller Kinder berücksichtigt werden. Ob hochbegabt oder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, ob mit ADHS oder Sprachproblemen, ob Mathe-Ass oder Sprachgenie, Sporttalent oder künstlerisch begabt. Schüler*innen sollen nicht mehr aufgrund von Entscheidungen anderer bereits frühzeitig in Bildungslaufbahnen gezwängt werden, aus denen sie nur schwer wieder herauskommen.

Inklusion ist nicht nur umzusetzende Aufgabe nach der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006, sondern sie schafft, mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet, auch Bildungsgerechtigkeit für jedes Kind. Sie fördert alle nach dem jeweiligen Potential und lässt kein Kind zurück. Internationale Studien zeigen: Inklusiver Unterricht führt zu besseren Lernerfolgen für alle, wenn die notwendigen Rahmenbedingungen gegeben sind.

In einem inklusiven Unterricht wird nicht nur die Fachkompetenz in den Blick genommen, sondern auch die Selbst- und Sozialkompetenz. Um echte Inklusion zu erreichen, muss Schule das Prinzip der Gleichheit und Vergleichbarkeit sowie den Defizitgedanken hinter sich lassen. Denn jedes Kind ist anders und Lernerfolg ist immer individuell. Es bedarf individueller, projektorientierter Lernwege, bei denen Kinder mitentscheiden können, was, wie und wann sie lernen wollen.

Allerdings ist auch klar, dass im aktuellen Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern Inklusion nur Stückwerk ist und von dem Engagement weniger abhängt.

Die Strategie der Landesregierung zur Umsetzung der Inklusion im Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern ist erneut verschoben worden. Förderschulen sind zwar auf dem Papier aufgehoben worden, aber tatsächlich unverändert, oft nicht einmal räumlich, als Teil einer anderen Schule zugeordnet worden. Das ist keine Inklusion, sondern Scharade.

Wir fordern deshalb

- einen verbindlichen Plan zur Umsetzung der Inklusion an allen Schulen des Landes
- eine Ressourcenausstattung, die den Anforderungen der Inklusion gerecht wird
- eine Qualifizierungsoffensive für Schulleitungen und Lehrkräfte
- mehr Sonderpädagogik im Lehramtsstudium
- eine neue Lernkultur, die Teamarbeit verstärkt in den Blick nimmt, aber auch binnendifferenzierten Unterricht.
- Schulen, die auch räumlich den Anforderungen an inklusiven Unterricht gerecht werden.

4. Multiprofessionelle Teams an allen Schulen

Zur Sicherung von Qualität sowie Bündelung von Kompetenzen und Kapazitäten bedarf es der Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams. Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und Integrationshelfende arbeiten dazu mit den außerschulischen Kooperationspartner*innen zielorientiert Hand in Hand. Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen können darüber hinaus unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten in den Sozialraum wirken.

Es braucht multiprofessionelle Teams an jeder Schule – nicht nur für eine gelingende Inklusion. Nur so können auch all jene Kinder individuell gefördert werden, die bereits heute oft zu kurz kommen. Schüler*innen sind in allen Schulformen keine einheitliche Gruppe, sondern zunehmend individueller. Sie stellen Lehrkräfte vor Herausforderungen, die immer wieder neue pädagogische Ansätze brauchen. Wir brauchen Teams anstatt einzelner Lehrkräfte, damit Klassen geteilt werden können und lernbeeinträchtigte Kinder genauso wie hochbegabte Kinder oder solche mit besonderen emotionalen Bedürfnissen innerhalb einer Klasse die Aufmerksamkeit und Förderung bekommen, die eine Lehrkraft allein nicht leisten kann. Deshalb ist es wichtig, dass multiprofessionelle Teams an jeder Schule sind. Sie unterstützen die Schüler*innen und auch die Lehrkräfte. Gemeinsam tragen sie Verantwortung für gelingende Bildung, sorgen aber auch dafür, dass mental health für alle nicht nur ein Wort bleibt. Außerdem ist die Investition in unbefristete Stellen für Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, pädagogische Mitarbeiter*innen und Kulturvermittler*innen unerlässlich für die präventive Bewältigung der individuellen Probleme von Schulschwänzer*innen.

Die flächendeckende Umsetzung des Ganztagsrechtsanspruches ab dem Schuljahr 2026/2027 ist ein guter Anlass, um diese multiprofessionellen Teams an den Schulen zu bilden. Dafür müssen Schule, Hort und außerschulische

Kooperationspartner bestmöglich im Sinne des einzelnen Kindes zusammenwirken. Unser bevorzugtes Modell ist das eines rhythmisierten Ganztags, bei denen sich Lern- und Erholungsphasen über den Tag verteilen.

Wir fordern

- die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens, der es ermöglicht, die auf unterschiedliche Gesetze verteilten Zuständigkeiten im Interesse eines chancengerechten Bildungssystems zusammenzufassen. Mecklenburg-Vorpommern könnte in einem solchen Versuch deutschlandweit vorangehen.

- Kompetenzen bei den Schulleitungen, um im Rahmen eines Budgets neben Lehrkräften auch weitere pädagogische Fachkräfte, Inklusionshelfende, Schulsozialarbeiter*innen oder auch Logopäd*innen oder Ergotherapeut*innen zu beschäftigen und in Teams zu führen.

- Zeit, um die notwendigen Abstimmungen in regelmäßigen Teammeetings vornehmen zu können.

- Einen räumlichen Rahmen, der Unterricht in multiprofessionellen Teams ermöglicht.

5. Schulen bauen, die auch im 21. Jahrhundert noch funktionieren!

Schulgebäude sind oft noch aus dem vorigen Jahrhundert und genügen den Anforderungen moderner Pädagogik nicht mehr. Außerdem ist der Renovierungsstau noch immer nicht abgebaut. Die Problematik der inneren und äußeren Schulverwaltung zeigt sich im Schulbau besonders. Die Kommunen sind zuständig für die äußere Schulverwaltung, also Gebäude und Ausstattung, das Land für Lehrkräfte und Lerninhalte. Allerdings fehlen den Kommunen oft die finanziellen Mittel, um in den Schulbau zu investieren. Schulbau funktioniert nur mit Fördermitteln, die an bestimmte Voraussetzungen gebunden sind. Eine Schulbaurichtlinie des Landes, die endlich Anforderungen an moderne Schulgebäude formulieren würde, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern bisher nicht.

Inklusion, Ganztag, Gemeinschaftsschulen und individuelles Lernen? Wir wollen umsetzen, was eine moderne Bildungsgesellschaft braucht. Voraussetzung dafür sind neben dem Personal auch zeitgemäße, barrierefreie und klimaneutrale Gebäude und eine moderne digitale Ausstattung, die all das auch tatsächlich ermöglichen.

Wir brauchen Schulen, die Gruppenarbeiten erlauben, Platzangebote für geteilte Klassen bieten, Kreativräume, Schulhöfe sowie Aufenthaltsräume, die dem Bewegungsdrang der Schüler*innen genauso wie dem Rückzugsbedürfnis Raum geben.

Wir fordern deshalb:

- in Bau- und Sanierungsplanung von Schulen müssen neben im Schulbau erfahrenen Architekt*innen und Verwaltungsmitarbeitenden auch Lehrkräfte und Schüler*innen einbezogen werden,

- Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen. Hierzu müssen auch die im Bundeshaushalt in Aussicht gestellte Investitionsmittel genutzt

werden und das Land die eigenen Möglichkeiten für Zukunftsinvestitionen auch im Bildungsbereich nutzen.

- Erstellung einer Schulbaurichtlinie durch das Land, die endlich Anforderungen an moderne Schulgebäude formuliert.

6. Lehrkräftemangel entgegenwirken, Lehramtsstudium reformieren

Unübersehbar ist, dass wir einen akuten Lehrkräftemangel haben. Damit weniger Stunden ausfallen müssen, setzen wir uns für mehr Lehrer*innen und eine echte Vertretungsreserve ein. Um die Attraktivität des Lehramtsstudiums zu verbessern, unterstützen wir die Reform des Lehramtsstudiums. Im aktuellen Gesetzentwurf muss aber neben dem Praxisanteil auch die Zahl der Mentor*innen deutlich gesteigert werden. Für ein inklusives Schulsystem muss darüber hinaus die sonderpädagogische Ausbildung in allen Lehramtsstudiengängen deutlich gestärkt werden. Eine inklusive Bildungslandschaft, in der Kinder aus intrinsischer Motivation heraus individuell lernen, erfordert Lehrkräfte, die sich zunehmend zu Lernbegleiter*innen weiterentwickeln. Die damit einhergehende Arbeit in multiprofessionellen Teams muss ebenfalls bereits im Studium vermittelt und eingeübt werden. Die Attraktivität des Lehramtsstudiums könnte auch durch einen dualen Studiengang erhöht werden. Das würde sowohl den Lehramtsstudierenden viel früher den Zugang in die Praxis des Lehralltags ermöglichen als auch die Verfügbarkeit an den Schulen erhöhen.

Wir fordern deshalb:

- die Erhöhung des Praxisanteils im Lehramtsstudium,
- eine verpflichtende Zahl von Mentor*innen, die Lehramtsstudierende im Referendariat begleiten und dafür auch ausreichend Zeit bekommen. Der Finanzierungsvorbehalt muss fallen.
- Den Anteil der sonderpädagogischen Lerninhalte in allen Lehramtsstudiengängen zu erhöhen.
- Die schrittweise Senkung des hohen Pflichtstundensolls für Lehrkräfte sowie
- Die Einrichtung eines Dualen Studiengangs zunächst als Modellprojekt, perspektivisch aber als 2. Weg zum Lehramtsabschluss.

7. Demokratie und politische Bildung stärken

Mitbestimmung als Grundpfeiler unserer Demokratie lässt sich nur erlernen, wenn sie von Anfang an geübt und auch praktisch vorgelebt wird. Dafür müssen Kinder und Jugendliche stärker an schulischen und gesellschaftlichen Prozessen beteiligt werden. Schüler*innenvertretung und Schulkonferenz müssen gelebte Praxis an jeder Schule sein und Schüler*innen dadurch an gelebter Schuldemokratie teilhaben können. Die praktische Arbeit in Kinder- und Jugendparlamenten muss aktiv ab der siebten Klasse in Projektform gefördert und in die Lehrpläne integriert werden. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die politische Bildung und Demokratieerziehung noch stärker als bisher als Querschnittsthema in allen Unterrichtsfächern zu behandeln. In Zeiten, in denen

auf Sozialen Medien wie Tiktok im großen Stil Hassbotschaften, Falschmeldungen und Verschwörungstheorien verbreitet werden, in denen zudem die künstliche Intelligenz schnelle Antworten auf komplexe Fragestellungen liefert, muss vor allem die Medienbildung eine zentrale Rolle bei der Demokratiebildung an den Schulen einnehmen.

Es braucht deshalb

- Ausreichend Zeit für die Arbeit der Schüler*innenvertretung, die von der Schule aktiv gefördert und unterstützt wird.
- Schulprojekte, die Schüler*innen demokratische Verfahren durch Erleben näherbringen, z.B. Kontakt zu Kinder- und Jugendparlamenten oder Jugendbeteiligungs-projekten.
- Politische Bildung als Querschnittsthema an den Schulen. Der Beutelsbacher Konsens macht Schulen nicht zu politikfreien Zonen.
- Medienbildung, die Schüler*innen sensibel und altersgerecht in den Umgang mit sozialen Medien bildet und
- eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ab Klassenstufe 7 sowie Gedenkstättenfahrten für alle Schüler*innen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Christopher Dietrich (KV Rostock); Maria Diehr (KV Vorpomern-Greifswald); Dr. Harald Terpe (KV Rostock); Marcel Spittel (KV Mecklenburgische Seenplatte); Steffen Kühhirt (KV Nordwestmecklenburg); Tilman Buß (KV Mecklenburgische Seenplatte); Carolin Roth (KV Rostock); Falk Pollehne (KV Nordwestmecklenburg); Philipp Lübbert (KV Ludwigslust-Parchim); Clemens Wloczka (KV Rostock); Antje Brandt (KV Ludwigslust-Parchim); Andreas Wegner (KV Mecklenburgische Seenplatte); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Daniel Wigger (KV Mecklenburgische Seenplatte); Alexander Kieslich (KV Schwerin); Antje Dobers (KV Rostock); Ines Balke (KV Mecklenburgische Seenplatte); Nils Dümcke (KV Nordwestmecklenburg); Sylvia Karow (KV Ludwigslust-Parchim); Tommy Klein (KV Ludwigslust-Parchim); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Susan Bach (KV Landkreis Rostock); Irene Menke (KV Nordwestmecklenburg); Peter Madjarov (KV Vorpommern-Greifswald); Arndt Müller (KV Schwerin)